

MUSTERREDE

Zwei Jahre Regierung Helmut Kohl

Als die Regierung Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 ihr Amt übernahm, befand sich die Bundesrepublik Deutschland in der schwersten Krise seit ihrer Gründung.

Heute kann die Regierung Helmut Kohl eine Erfolgsbilanz vorweisen, die zwei Jahre zuvor niemand für möglich gehalten hatte.

Diese Regierung hat das Steuer herumgeworfen; die Bundesrepublik Deutschland ist wieder auf Erfolgskurs:

- Der Bundeshaushalt ist wieder in Ordnung. Das Sparen hat sich gelohnt.
- Die Preise sind so stabil wie seit 15 Jahren nicht mehr. Die Inflationsrate ist in zwei Jahren von 5,3 Prozent auf 1,7 Prozent gesunken. Das ist Preisstabilität wie zu Ludwig Erhards Zeiten.
- Die Wirtschaft wächst weiter — in diesem Jahr um 2,5 Prozent. So sind aus roten Zahlen schwarze Zahlen geworden. Aus Minus wurde Plus. Wir sind auf dem richtigen Weg.
- Die Luft wird wieder sauberer: Endlich sind Vorschriften gegen die Luftverschmutzung durchgesetzt worden. Diese Regierung hat nicht geschwafelt, sondern entschwefelt.
- Mit der DDR wurde erfolgreich verhandelt. Es gibt mehr Begegnungen in Deutschland, mehr Menschen können aus der DDR zu uns kommen.

Der Kurs
stimmt

Hilflose Opposition

Die Erblast der SPD

— Die Außenpolitik der Regierung Helmut Kohl hat neues Vertrauen geschaffen. Die europäische Nachbarschaft im Westen wurde vertieft — zu Washington wie zu Paris.

Angesichts dieser unübersehbaren Erfolge fällt der SPD nichts Beseres ein, als zu meckern. Haben die Sozialdemokraten eigentlich vergessen, wie sie am Ende ihrer Regierungszeit dastanden? Auf keine der drängenden Fragen wußten sie vernünftige Antworten:

— Der Bund mußte in einem Jahr 55 Milliarden Mark neue Schulden machen. Zinsen und Zinseszinsen türmten sich immer höher. Wer sollte das alles einmal zurückzahlen?

— Die Rentenversicherung stand vor dem Zusammenbruch. Die Bundesanstalt für Arbeit drohte mit über 13 Milliarden Mark ins Defizit zu geraten. Wie sollten Renten und Arbeitslosengeld gezahlt werden?

— Die wirtschaftliche Talfahrt hatte ein beängstigendes Tempo erreicht. Wie konnte ein Aufschwung herbeigeführt werden und wie die Massenarbeitslosigkeit eingedämmt werden?

Die SPD war ratlos. Sie hatte 1982 rundherum abgewirtschaftet. Wäre sie nicht abgelöst worden, dann wäre unser Land in eine wirtschafts-, sozial- und finanzpolitische Katastrophe geschlittert. Auch heute ist die SPD ratlos und hat nichts dazugelernt. Auf ihrem Esener Parteitag im Mai hat sie die Diskussion über unsere wirtschaftliche Zukunft einfach auf 1986 vertagt.

Seitdem die Regierung Helmut Kohl im Amt ist, geht es wieder aufwärts. Wir Deutschen sind wieder auf dem richtigen Weg. Es ist sicherlich nicht alles so glatt gelaufen, wie wir es uns gewünscht hätten. Aber man darf aus Mücken keine Elefanten machen.

Die Staatsfinanzen sind wieder gesund

Das vorrangige Ziel der neuen Bundesregierung heißt: Gesunde Staatsfinanzen durch solide Haushaltspolitik.

Diesem Ziel sind wir ein gutes Stück nähergekommen. Statt der von der SPD für 1983 geplanten Neuverschuldung von 55 Milliarden Mark wurde das Haushaltsdefizit in nur zwei Jahren um fast die Hälfte auf unter 30 Milliarden Mark gedrückt. Bundesfinanzminister

ster Gerhard Stoltenberg bietet die Gewähr dafür, daß der Fahrplan zur weiteren Gesundung des Haushaltes eingehalten wird: 1985 wird die Neuverschuldung weiter abgebaut auf 23 Milliarden Mark.

Nur gesunde Staatsfinanzen schaffen die Grundlage für eine soziale Politik, für einen stabilen Geldwert, für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, für dauerhaft niedrige Zinsen. Nur so können wir die Mittel für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen gewinnen: für die Umwelt und für die Familie.

Die Folgen dieser ehrlichen Politik zahlen sich für uns alle aus. Das Sparen hat sich gelohnt:

— Die Zinsen sind deutlich gesunken. Das merkt vor allem jeder, der einen Bankkredit aufnimmt, um zum Beispiel den Kauf eines Autos zu finanzieren. Zusammen mit der Schweiz und Japan haben wir die niedrigsten Zinssätze aller Industrieländer.

Zum ersten Mal seit 15 Jahren haben wir in der Bundesrepublik Deutschland wieder Geldwertstabilität. 1982 lag die Inflationsrate noch bei 5,3 Prozent. Die hohe Preissteigerungsrate fraß die Lohn- und Gehaltszuwächse weg, so daß die Arbeitnehmer 1981 und 1982 einen Einkommensverlust von rund 2,5 Prozent hinnehmen mußten. Die Regierung Helmut Kohl drückte die Preissteigerung 1983 auf 3,3 Prozent und im August 1984 sogar auf 1,7 Prozent. Damit haben 1983 und 1984 die Arbeitnehmer erstmals real mehr Einkommen: rund 1,4 Prozent. Die Volkswirtschaft gewinnt durch die Stabilisierung der Preise insgesamt 25 Milliarden Mark an Kaufkraft.

*Sparen
lohnt sich*

*Stabile Preise
schaffen neue
Kaufkraft*

Die Wirtschaft hat wieder Schwung

Eine gesunde Wirtschaft ist die Voraussetzung für Wohlstand und sichere Arbeitsplätze. Schon ein Jahr nach dem Antritt der Regierung Helmut Kohl stellte der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten fest: „Die wirtschaftliche Lage hat sich merklich verbessert.“ 1984 wächst die Wirtschaft um 2,5 Prozent. Der Streik hat den Aufwärtstrend zwar verlangsamt, aber er hat ihn nicht stoppen können. Dadurch wachsen auch die Aussichten, die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kann ohne Wirtschaftswachstum nicht gewonnen werden. Viele Linke wollen das nicht wahrhaben. Vor allem die Grünen vertreten arbeitnehmerfeindliche Auffassungen. Ihr wirtschaftspolitischer „Experte“, Rudolph Bahro, hat die grüne Katastrophen-Sehnsucht deutlich formuliert:

„Wir sind nicht dazu da, Arbeitsplätze im Industriesystem zu verteilen oder zu schaffen... Es ist nicht unser Ziel, alle wieder in Lohn und Brot zu bringen... Wir müssen neben dem Industriesystem so lange in Wartestellung gehen, bis es unter dem Druck von 5 Millionen-Arbeitslosen zusammenbricht.“

Muß man angesichts solcher Sätze noch erläutern, was ein Bündnis zwischen SPD und Grünen für unser Land bedeuten würde — eine Koalition der Versager mit den Verweigerern?

Auch bei einer Fortsetzung der SPD-Politik hätten wir heute 3,5 Millionen Arbeitslose. Von dieser Annahme ging auch der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, aus, als er im Juli 1982 erklärte: „Im nächsten Winter wird die Zweimillionengrenze überschritten. Horrorzahlen wie in England — zur Zeit sind dort 3,2 Millionen Menschen ohne Arbeit — scheinen auch bei uns nicht mehr unmöglich zu sein...“ Zum Glück kam es anders; die SPD hatte keine Gelegenheit, ihre eigenen Vorhersagen zu verwirklichen.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit sichert Arbeitsplätze

Positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat vor allem die günstige Entwicklung bei den deutschen Exporten, die 1984 um 7 Prozent zunehmen. Allein im ersten Halbjahr sind die Aufträge aus dem Ausland um 13,5 Prozent gestiegen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist von grundlegender Bedeutung für unsere Arbeitsplätze: Jeder sechste deutsche Arbeitsplatz hängt vom Export ab.

Deshalb ist es auch wichtig, daß die Bundesrepublik Deutschland den Anschluß an die internationale technologische Entwicklung nicht verpaßt. Die SPD hatte unsere Spitzenstellung in vielen Bereichen verspielt und die Entwicklung und Einführung neuer Techniken blockiert. Dadurch hatte die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Wir standen in der Gefahr, international zweitklassig zu werden.

Stuttgarter
Leitsätze

Forschung
ohne Bevor-
mundung

Mut zur Selb-
ständigkeit

Zehn Milliar-
den für den
Arbeitsmarkt

*) Im einzelnen: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (rd. 1,7 Mrd. DM), Vorruhestandsgesetz (rd. 0,5 Mrd. DM), Kosten des Bundes für seine Lehrlinge (rd. 1,6 Mrd. DM), Förderung der beruflichen Bildung (rd. 6,7 Mrd. DM).

Die CDU hat mit der Verabschiedung der Stuttgarter Leitsätze den Weg gewiesen für Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation. Damit stellt sie sich der großen politischen Aufgabe bis zum Ende dieses Jahrhunderts, die moderne Industriegesellschaft menschlich zu gestalten.

Die Regierung Helmut Kohl hat die Fehlentwicklungen in der Forschungs- und Technologiepolitik korrigiert. Forschung kann nur dann wirklich erfolgreich betrieben werden, wenn sie wieder frei wird von staatlicher Bevormundung und Gängelung.

Deshalb wurden die Mittel für die indirekte Forschungsförderung gegenüber 1981 verdoppelt.

Die Bundesregierung hat dafür gesorgt, daß in Zukunft Forschungsergebnisse von der Industrie schneller genutzt werden können. Forscher sollen aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft heraus und ihren Sachverstand künftig auch kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung stellen.

Die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen ist besonders wichtig für die Erhaltung von Arbeitsplätzen, denn hier gibt es die meisten Arbeitsplätze. Deshalb regte die Regierung Helmut Kohl gezielt eine Existenzgründungswelle an. Allein 1983 wurden 16 500 Existenzgründungen mitfinanziert und zugleich 80 000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder erhalten. Die Bundesrepublik Deutschland kommt wieder in die „Gründerjahre“. Tatkräft, Leistungs- und Risikobereitschaft regen sich wieder.

Die Bundesregierung verläßt sich bei der Schaffung von Arbeitsplätzen nicht allein auf die Selbstheilungskräfte des Marktes, wie immer behauptet wird. Durch Wirtschaftswachstum allein können die Beschäftigungsprobleme nicht gelöst werden. Deshalb hat die Bundesregierung ein ganzes Paket von gezielten beschäftigungspolitischen Maßnahmen zusammengestellt. Alle Hilfen des Bundes zur Belebung des Arbeitsmarktes einschließlich der Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit belaufen sich insgesamt auf rund 10 Milliarden Mark.* Das ist eine Summe, die noch unter keiner Bundesregierung zuvor aufgebracht worden ist.

Vorruhestand

Eine erhebliche Entlastung des Arbeitsmarktes bringt das Vorruhestandsgegesetz. Ältere Arbeitnehmer haben bis 1988 die Möglichkeit aufgrund von Tarifverträgen oder Einzelvereinbarungen mit ihrem Arbeitgeber schon mit 58 Jahren in den Ruhestand zu treten. Innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes waren für rund 5,8 Millionen Arbeiter und Angestellte entsprechende Tarifabschlüsse vereinbart worden. Dadurch erhalten rund 240 000 Arbeitnehmer die Möglichkeit, früher aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Sie können damit Jüngeren ihren Arbeitsplatz freimachen.

Das soziale Netz ist wieder festgeknüpft

Vorrang für die Familie

Durch ihre vernünftige Sparpolitik hat die Bundesregierung inzwischen wieder sozialpolitischen Gestaltungsspielraum gewonnen. Dabei geht die Regierung Helmut Kohl aber nicht mit der sozialpolitischen Gießkanne durchs Land; sie setzt deutliche Prioritäten: Unterstützung brauchen vor allem Familien mit Kindern. Jahrelang wurden Familien von der SPD benachteiligt. Jetzt wird den Familien wieder geholfen. Die Bundesregierung hat zusätzliche finanzielle Hilfen von über acht Milliarden Mark für die Familien beschlossen, die deren Lage entscheidend verbessern. Dazu gehören vor allem:

- Einführung eines Erziehungsgeldes in Höhe von 600 Mark pro Monat für Mütter oder Väter; ab 1. Januar 1986 für 10 Monate und ab 1. Januar 1988 für ein volles Jahr.
- Erhöhung des Kinderfreibetrages von 432 auf 2484 Mark pro Kind ab 1. Januar 1986.
- Einen Kindergeldzuschlag bis zur Höhe von 45 Mark für alle Familien, bei denen sich wegen der geringen Höhe ihres Einkommens der Steuerfreibetrag nicht oder nicht voll auswirkt — ebenfalls ab 1. Januar 1986.

Das ist aber noch nicht alles:

- Vom Bundestag bereits beschlossen ist das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“, die 1984 25 Millionen DM und ab 1985 jährlich 50 Millionen DM als Hilfe für schwangere Frauen in Not zur Verfügung stellen wird.

CDU hält
Wort

Sozialetat
höher als je
zuvor

Soziales Netz
ist wieder
festgeknüpft

— Die Wartezeit in der Rentenversicherung wurde von 15 auf 5 Jahre verkürzt. Dadurch können Millionen junger Frauen bereits mit einem Anspruch auf eine eigene Rente in die Ehe gehen.

Mit diesen Maßnahmen löst die CDU ihre im Wahlkampf gegebenen Zusagen ein. Unsere Familienpolitik macht aus der Bundesrepublik Deutschland wieder ein kinderfreundliches Land.

Die sozialdemokratische Bundesregierung hatte auch in der Sozialpolitik einen Scherbenhaufen hinterlassen. Heute sind es die Sozialdemokraten, die über angeblichen Sozialabbau klagen. Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, als ob der Sozialetat gesunken sei. Das Gegenteil ist richtig: Mit 537,2 Milliarden Mark haben wir 1983 mehr für Sozialleistungen ausgegeben als jemals zuvor. Bis 1987 wird das Sozialbudget auf rund 625 Milliarden Mark wachsen. Im Unterschied zu den Sozialdemokraten werden diese Mittel solide finanziert sein.

Es ist offenbar nötig, das Gedächtnis der Sozialdemokraten etwas aufzufrischen. Nur hinter verschlossenen Türen wagten sie, die Wahrheit offen auszusprechen: Sie waren mit ihrer Sozialpolitik des Füllhorns am Ende. Deshalb entwickelten sie die sogenannte „Operation 82“ zur Kürzung von über 80 Sozialleistungen. In einer SPD-Fraktionsitzung am 30. Juni 1982 sagte dazu Helmut Schmidt: „Einige haben bemängelt, daß in diesem Paket nicht genug getan werde zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich sage denen, dies ist leider wahr . . . Wer mehr für die beschäftigungswirksamen Ausgaben des Staates tun will, muß tiefer, noch viel tiefer als hier, in die Sozialleistungen reinschneiden.“

Obwohl die Belastung der Beitragszahler seit 1970 ständig angestiegen war, stand die Sozialversicherung im Herbst 1982 vor der Zahlungsunfähigkeit. Sofortiges Handeln war deshalb zur Sicherung des sozialen Netzes nötig: allen Bürgern mußten Einschränkungen abverlangt werden. Die Einschnitte waren schmerzlich. Aber heute können wir sagen: Das Sparen hat sich gelohnt. Das soziale Netz ist wieder festgeknüpft. Weitere Einsparungen sind hier nicht mehr nötig und werden auch nicht erfolgen.

Wir haben die Renten gerettet

1969, als die SPD die Regierung übernahm, waren die Kassen der Rentenversicherung voll, die Rücklagen betragen über acht Monatsausgaben. 1982 waren diese Rücklagen fast vollständig aufgebraucht. Sie hätten nicht einmal mehr für einen halben Monat gebracht. Bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung wäre bereits 1986 ein Defizit von sieben Milliarden Mark entstanden.

**Rentenfinan-
zen sind
wieder sicher**

Die Regierung Helmut Kohl hat durch ihre Maßnahmen die Rentenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit gerettet und dafür gesorgt, daß die Renten wieder sicher sind. Die Renten wurden zum 1. Juli 1983 um 5,59 Prozent und zum 1. Juli 1984 um 3,4 Prozent erhöht. Allerdings mußte den Rentnern zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen ein Beitrag zur Krankenversicherung abverlangt werden; dessen Einführung war im übrigen bereits von der SPD-Regierung beschlossen worden. Dennoch konnten die Rentner in den Jahren 1983 und 1984 ihre reale Einkommenssituation halten. Demgegenüber mußten die Rentner in den Jahren 1980 bis 1982 unter der SPD-Regierung eine Verschlechterung ihrer realen Einkommenssituation von über 3 Prozent hinnehmen.

Im Umweltschutz gehen wir voran

Der Schutz der Umwelt ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Dazu hat Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 festgestellt: „Unser Wald hat eine unschätzbare Bedeutung für Wasserhaushalt, für Klima, für Gesundheit und Erholung und für die Unverwechselbarkeit der deutschen Kulturlandschaft. Gelingt es uns nicht, die Wälder zu retten, wäre die Welt, in der wir leben, nicht wiederzuerkennen.“

Die SPD hatte über den Umweltschutz jahrelang nur geredet. Seit 1978 war die Novellierung der Technischen Anleitung zur Reinhal tung der Luft überfällig. — Folge: Heute sterben unsere Wälder. Die Regierung Kohl hat sofort gehandelt: Bereits drei Monate nach Regierungsübernahme wurde eine verschärzte Vorschrift verabschiedet. Der Ausstoß von Schwefeldioxid aus Großfeuerungsanlagen wird dadurch scharf begrenzt; wir werden jährlich 1,6 Millio-

**CDU-
Regierung
hat schnell
gehandelt**

Bleifreies
Benzin

Grenzüber-
schreitender
Umwelt-
schutz

Konzept
für den
Bodenschutz

Unsere Außenpolitik hat neues Vertrauen geschaffen

Wir Deutschen haben gute Freunde. Mit uns zusammen treten sie für Frieden in Freiheit ein. Die Zeiten sind vorbei, daß Partner wie Gegner gleichermaßen zu zweifeln begannen, ob die Deutschen noch die Kraft hätten, sich zu verteidigen — ja, ob sie überhaupt noch verteidigt werden wollten.

nen Tonnen Schwefeldioxid weniger in der Luft haben. Die Regierung hat nicht geschwafelt, sondern entschwefelt.

Allen Zweckpessimisten zum Trotz: die Einführung bleifreien Benzin kommt 1986. Dadurch wird es möglich, die Autoabgase um 90 Prozent zu entgiften. Mit der Einführung bleifreien Benzins hat die Bundesregierung eine Vorreiterrolle in Europa übernommen.

Die EG-einheitliche Lösung des Abgasproblems zum frühestmöglichen Termin bleibt nach wie vor oberstes Ziel. Was in den USA und in Japan möglich ist, darf in Europa nicht scheitern.

Jedermann weiß, daß kein Land die Umwelt allein wirkungsvoll schützen kann — Dreck kennt keine Grenzen. Die Umwelt muß grenzüberschreitend geschützt werden. Hierzu hat die Bundesregierung wegweisende Initiativen ergriffen:

— **Mit der DDR hat es bereits zweiseitige Vereinbarungen über die Grenzgewässer gegeben.**

— Ein wichtiger Schritt zu mehr grenzüberschreitendem Umweltschutz war die internationale Umweltkonferenz in München auf Initiative der Bundesregierung. 18 Länder, davon vier Ostblockstaaten, haben sich verpflichtet, die grenzüberschreitende Luftverschmutzung um 30 Prozent zu verringern.

Eines der wichtigsten Probleme des Umweltschutzes ist der Schutz des Bodens. Zusammen mit Wasser und Luft ist der Boden Grundlage allen Lebens.

Bodenverschmutzung und Landschaftsverbrauch können kaum rückgängig gemacht werden. Die Sünden der Vergangenheit erfordern sofortiges Handeln. Deshalb hat die Bundesregierung ein umfassendes Konzept zum Schutz des Bodens vorgelegt, über das noch in diesem Herbst entschieden wird.

- Die Bundesregierung hat die Beziehungen mit den USA erneuert und vertieft. Sie hat das deutsch-amerikanische Verhältnis aus dem Zwielicht befreit, in das es durch die antiamerikanischen Strömungen der SPD geraten war.
- Die Bundesrepublik Deutschland ist gegenüber der NATO vertragstreu geblieben; sie hat dadurch das westliche Bündnis gestärkt. Eine Fortsetzung der neutralistischen Politik der SPD hätte uns von unseren Freunden isoliert und letztlich in die politische Abhängigkeit von der Sowjetunion gebracht.

Standhaft und berechenbar

Die Regierung Helmut Kohl hat weder den erpresserischen Versuchen der Sowjetunion noch dem Druck der Straße nachgegeben. Unser Ziel bleibt unverändert: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Deshalb tut die Bundesregierung alles, um den Ost-West-Dialog fortzusetzen. Die von Willy Brandt prophezeite „Eiszeit“ ist wie viele seiner Voraussagen ausgeblieben: Die Wiener Abrüstungsverhandlungen (MBFR) gingen am 16. März weiter, die Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm hat termingerecht am 17. Januar 1984 begonnen.

Dialog mit dem Ostblock

Auch in diesen Tagen zeigt sich: die Gespräche mit den osteuropäischen Staaten gehen weiter. Begegnungen wird es geben mit dem bulgarischen Staats- und Parteichef Schiwkow, dem rumänischen Staatschef Ceausescu, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko und mit der politischen Führung Polens.

Initiative in der Deutsch- landpolitik

Die CDU-geführte Bundesregierung hat der Deutschlandpolitik einen neuen Stellenwert gegeben. Auch wenn der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker nicht in die Bundesrepublik Deutschland kommt: Was Bundeskanzler Helmut Kohl in seinem Brief vom 24. Oktober 1983 an ihn geschrieben hat, bleibt weiter gültig: „Gerade dann, wenn die internationale Lage schwieriger wird, müssen die beiden Staaten in Deutschland alle Kraft daransetzen, das Geflecht der Beziehungen und der Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und auszubauen.“

Feste Grundlage der Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Die von früheren

Regierungen geschlossenen Verträge werden von der Bundesregierung eingehalten. Auf dieser Grundlage und entsprechend unseren klaren Grundsätzen bemüht sich die Bundesregierung, die Kontakte mit der DDR auszubauen und die Verträge mit Leben zu erfüllen. Sie betreibt eine realistische und ideenreiche Politik, die das Leben für die Menschen im geteilten Deutschland leichter macht und die Kontakte der Deutschen zueinander stärkt.

Erste Erfolge bestätigen den Kurs der Bundesregierung:

— Bei der Familienzusammenführung und der Lösung humanitärer Härtefälle wurden großartige Erfolge erzielt: Allein im ersten Halbjahr 1984 konnten über 27000 Deutsche aus der DDR zu uns übersiedeln.

— Der Reise- und Besuchsverkehr konnte bedeutend verbessert werden. Der Reiseverkehr aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR hat 1983 gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent zugenommen; der Reiseverkehr in die Gegenrichtung in dringenden Familienangelegenheiten ist sogar um 40 Prozent gestiegen. Damit wurde das wichtigste Mittel verstärkt, mit dem ein Auseinanderleben der Menschen in beiden Teilen Deutschlands verhindert werden kann. Weitere Verbesserungen im innerdeutschen Reiseverkehr sind am 1. August 1984 wirksam geworden; sie betreffen vor allem eine Verlängerung der Aufenthaltsdauer und Reiseerleichterungen für grenznahen Kreise.

— Eines der großen noch offenen Probleme ist die Erhöhung der Mindestumtauschsätze durch die DDR im Oktober 1980. Immerhin konnten auch hier erste Verbesserungen erzielt werden: für Kinder bis zum 14. Lebensjahr entfällt die Umtauschpflicht; für Rentner — Frauen vom 60. Lebensjahr und Männer vom 65. Lebensjahr an — wurde der bisherige Mindestumtauschsatz von 25 auf 15 Mark gesenkt.

— Nachdem jahrelang Proteste erfolglos geblieben waren, hat jetzt die DDR begonnen, die Selbstschußanlagen abzubauen. Auf 150 km Länge der insgesamt 439 km langen Grenze sind die Todesautomaten inzwischen abgebaut.

Die SPD versucht nun, die Erfolge der Bundesregierung in der Deutschlandpolitik madig zu machen. Sie will damit nur von der ei-

Familien-
zusammen-
führung

Reise-
und Besuchs-
verkehr

Mindest-
umtausch

Abbau der
Selbstschuß-
anlagen

Deutsche Frage bleibt offen

genen Erfolgslosigkeit während ihrer Regierungszeit ablenken. Besonders schlimm war die Entgleisung, die sich der Berliner SPD-Kandidat Hans Apel leistete. Er behauptete jüngst, die deutsche Frage sei heute nicht mehr offen.

Hans Apel hat offensichtlich die Verträge nicht gelesen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Ostverträge eine Lösung der deutschen Frage nicht vorwegnehmen. Wer die deutsche Frage für abgeschlossen erklärt, gibt das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung preis. Wer diese Position vertritt, hat sich für jede Führungsaufgabe in Berlin selbst disqualifiziert.

Die Teilung überwinden

Auch die CDU-geführte Bundesregierung kann die Einheit der Nation nicht erzwingen. Die Überwindung der Teilung unseres Landes ist nur in historischen Zeiträumen denkbar. Aber wir müssen Schritte für Schritt darauf hinarbeiten und die Spielräume nutzen, die sich für zweiseitige Verhandlungen bieten. Deshalb wird die Bundesregierung auch die laufenden Verhandlungen im Umweltschutz, für ein Kultur- und Rechtshilfeabkommen und im Bereich der Wissenschaft und Technik konsequent fortführen.

Erfolg macht Mut

Die Bürger haben die Regierung Helmut Kohl gewählt, um die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Renten und das soziale Netz zu sichern und um den Frieden in Freiheit zu erhalten.

Der Wähler- auftrag wird erfüllt

Heute, nach zwei Jahren Regierungstätigkeit, kann der Bürger feststellen: Er hat eine gute Wahl getroffen. In diesen zwei Jahren wurde mehr erreicht als von SPD-Regierungen in einer vollen Legislaturperiode. Die Bilanz der letzten beiden Jahre kann sich sehen lassen. Sie gibt Mut für die nächsten Jahre.